

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die erste Kreistagssitzung 2017 stand im Zeichen zahlreicher Anträge unserer Gruppe, in denen bescheidene Selbstverständlichkeiten gefordert wurden, welche gleichwohl von den neoliberalen Einheitsparteien meist sachargumentationsfrei zurückgewiesen wurden. Die Gewissheit, vielfach einen Nerv getroffen zu haben, motiviert uns, in dieser Weise weiterzuarbeiten. Zudem wurde der Haushalt für 2017 – ohne uns - verabschiedet.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 9 - Sparkassengewinne

Unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheiten schütten bundesweit ca. 1/3 der Sparkasse Teile ihrer Gewinne an die kommunalen Träger aus. Zwar führt eine Ausschüttung dazu, dass Steuern abgeführt werden müssen, dies gehört unserer Meinung nach aber dazu. Vor diesem Hintergrund brachte H-G Schwedhelm für unsere Gruppe den Antrag ein.

Wie bei jedem Redebeitrag von Hans-Georg fühlte sich Grünen-Frontmann Worbes sogleich herausgefordert und sprach von einer „populistischen Debatte“. Dass die Grünen im Göttinger Rat sich demgegenüber viel offener zeigen, interessierte ihn dabei nicht – der Aschermittwoch war wohl zu dicht dran.

Birgit Sterr (SPD) malte anschließend den Teufel an die Wand und sah nicht nur das Sponsoring der Sparkasse gefährdet, sondern fabuliert von zu erwartenden Filialschließungen. Dinge also, die aus dem „Gewinn“ gar nicht finanziert werden.

In das gleiche Horn blies dann auch noch der Landrat, der zugleich noch über die Niedrigzinsphase jammerte, ohne freilich etwas vom tendenziellen Fall der Profitrate zu ahnen.

Unser angeblich „postfaktischer“ Antrag wurde zuletzt niedergestimmt, ohne dass wir zuvor eine nachvollziehbare Begründung dafür vernehmen konnten.

TOP 10 – Rettung des Angebotes der Kreismusikschule

Wenn man mitbekam, wie die herkömmlichen Parteien beteuerten, in der Vergangenheit in Bezug auf die Kreismusikschule die richtigen Entscheidungen getroffen zu haben, musste man sich fragen, warum diese nun überhaupt in Schwierigkeiten geraten ist.

Um diese Argumentation zu stützen, wurde mit dem ehemaligen Direktor ein Sündenbock präsentiert, zugleich aber „Entwarnung“ gegeben (so CDU-Noack wörtlich). Dietmar Linne von den Grünen ergänzte, private Anbieter könnten die gleiche Dienstleistung preiswerter und dennoch kostendeckend anbieten – die alte neoliberale Leier. Ob die Einkommen der Beschäftigten für diese dann noch reichen, alle ihre Kosten zu decken, sagte Herr Linne nicht.

In seinem engagierten Redebeitrag wies Konrad Kelm dann auch darauf hin, was private Träger in Bezug auf Musikunterricht besser könnten: brutal die Arbeitskraft entwerten und prekäre Verhältnisse zu schaffen. Wer die Tür für private Anbieter öffne, müsse wissen, dass aus Arbeitsverträgen mit tariflicher Bindung sozialversicherungsfreie Jobs werden. Die Umstellung auf Honorarbasis nehme den Musiklehrerinnen und -lehrern und deren Familien die soziale Sicherheit.

Konrad forderte hingegen, die Zusammenarbeit mit der VHS zu suchen. Insbesondere die Verwaltung, das Anmelde- und Bezahlwesen könnten über diese abgewickelt werden. Statt solche Möglichkeiten ins Auge zu fassen, werde ein reiner Konfrontationskurs gefahren, auch gegenüber der Belegschaft, dem Betriebsrat und der Gewerkschaft.

Hans-Georg Schwedhelm machte noch einmal deutlich, dass die Musikschule aufgrund falscher politischer Entscheidungen in der Vergangenheit in Schieflage geraten sei.

Die Folgen werden nun wohl die Beschäftigten ausbaden müssen, unser Änderungsantrag wurde jedenfalls abgelehnt.

TOP 19 – 50 Flüchtlinge aus griechischen Camps in den Landkreis Göttingen

In unserem Antrag, den Konrad mit seinem Redebeitrag einbrachte, wurde der Vorschlag gemacht, sofort und auf schnellstem Weg 50 geflüchtete Menschen, die sich gegenwärtig in Griechenland aufhalten, zusätzlich zu den vom Land zugewiesenen Flüchtlingen in den Landkreis Göttingen aufzunehmen.

Hintergrund ist die verheerende Lage der Geflüchteten in den griechischen Lagern. Schnelle und unbürokratische Hilfe ist hier nötig. Griechenland befindet sich in einer schlimmen Krise und kann die Not der Flüchtlinge nicht lösen.

Bevor der Antrag in den Fachausschuss überwiesen wurde, bekamen die Vertreter der „Volksparteien“ natürlich nochmal die Gelegenheit, den Antrag herunter zu nörgeln. SPD-Philippi sprach von einem „Schaufenster-Antrag“, der dazu diene, zu „polarisieren“. Und aus der CDU war zu vernehmen, „internationale Abkommen“ seien „einzuhalten“, wobei unbeantwortet blieb, wodurch sie denn gebrochen würden.

Die Grünen hingegen zeigten sich offen für unseren Antrag und fanden es wichtig, ein Signal zu setzen.

Tom Stiller von der FDP forderte schließlich in einer guten Rede, sich nicht auf nur 50 Flüchtlinge zu beschränken und wies den Begriff „Schaufenster-Antrag“ ausdrücklich zurück.

TOP 21 – Kosten der Unterkunft anpassen

Mit einem neuerlichen von Eckhard Fascher eingebrachten Antrag zu unserem Dauerbrenner KdU ging es bei diesem Thema in die nächste Runde. „Alle Jahre wieder“, äußerte Frau Surup von der SPD, als handle es sich um einen SpaAntrag. Der Hintergrund ist jedoch, nicht nur für die Betroffenen, eine ernste Angelegenheit: Das Sozialgericht in Hildesheim hat die im Landkreis Göttingen bestehende Regelung wieder einmal gekippt. Frau Surup tröstete zwar, die Verwaltung arbeite bereits, aber warum sollen wir auf das nächste „unschlüssige“ Konzept warten? Unser Antrag sieht eine Orientierung an der Wohngeldtabelle mit einem Sicherheitszuschlag von 10 % vor. Die Beratung dazu soll nach unseren Vorstellungen in einer vorgezogenen Sitzung des Sozialausschusses stattfinden.

TOP 35 – Sozialticket für den Landkreis Göttingen

Unser Antrag, ein Sozialticket für den gesamten Landkreis einzuführen, wurde von den anderen Fraktionen in der Weise aufgegriffen, dass eine Tarifreform in größerem Umfang stattfinden solle. Andreas Gemmecke wies darauf hin, dass im SGB II-Regelsatz nur ca. 25 € für Mobilität enthalten seien. Die weitere Beratung erfolgt nun in den Gremien des ZVSN.